

Antrag - Nr. StVV - AT 19/2022 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.05.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Schuldenbremse bremst Investitionen (LINKE)

DIE LINKE fordert die Aufhebung der Schuldenbremse.

Begründung

DIE LINKE unterstützt den Vorstoß des SPD-Vorsitzenden Martin Günthner zur Abschaffung der Schuldenbremse. Die Stadtgemeinde Bremerhaven unterliegt aufgrund einer Sonderklausel in der Bremischen Landesverfassung als einzige Kommune in Deutschland der im Grundgesetz festgelegten Schuldenbremse. Durch diese geltende Schuldenbremse werden längst überfällige Investitionsmaßnahmen verhindert und unnötig ausgebremst. Dabei ist der Sanierungs- und Investitionsbedarf in Bremerhaven offensichtlich. Allein für die Sanierung der Schulen werden in Bremerhaven schon jetzt weit mehr als die kürzlich beschlossenen 24 Millionen Euro benötigt. Hinzu kommen weitere Mittel für die dringend notwendige Umsetzung der Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Gebäude, Verbesserung der (digitalen-) Infrastruktur sowie für den Ausbau des ÖPNV und Straßensanierung.

Des Weiteren müssen die entstehenden Folgekosten der Coronakrise ebenfalls weiterhin berücksichtigt werden und auch die Auswirkungen der bevorstehenden Klimakrise und damit verbundenen Investitionen in den Klimaschutz stellt Bremerhaven vor neue Herausforderungen.

Das Kreditverbot der Schuldenbremse verhindert jedoch die finanzielle Umsetzung der mittel- und langfristigen Investitionen, die zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor den Folgen der Klimakrise notwendig sind.

Dabei könnten Bund und Länder, im Gegensatz zu Öffentlichen oder privaten Unternehmen, zurzeit Kredite zu Negativzinsen aufnehmen. Die entstehende Zinsbelastung wäre deutlich geringer als es die Folgekosten der weiterhin ausbleibenden Investitionen sein würden. Dies verdeutlicht, anders als es die Sprecher:innen der CDU und FDP behaupten, die Schuldenbremse gefährdet die Generationengerechtigkeit.

DIE Linke fordert aus den dargelegten Gründen den Magistrat auf er möge die Aufhebung der Schuldenbremse für die Stadtgemeinde Bremerhaven beschließen und durchsetzen.

Fraktion DIE LINKE in der StVV

Rainer Brand, Muhlis Kocaaga, Petra Brand, Heidemarie Schröder